

TI: Deutschland-Düsseldorf: Beratung im Bauwesen
PD: 20150327
ND: 106679-2015
OJ: 61/2015
DS: 20150316
DD: **20150414 23:59**
DT: **20150415 12:00**
HD: 01302
TD: 3 - Auftragsbekanntmachung
NC: 4 - Dienstleistungsauftrag
PR: 4 - Verhandlungsverfahren
RP: 4 - Europäische Union
AA: 3 - Körperschaften
TY: 1 - Gesamtangebot
AC: 2 - Wirtschaftlichstes Angebot
PC: 71530000
71500000
71300000
PN: Beratung im Bauwesen
Dienstleistungen im Bauwesen
Dienstleistungen von Ingenieurbüros
RC: DEA
RG: NORDRHEIN-WESTFALEN
CY: DE
MA: S - Allgemeine öffentliche Verwaltung
OL: DE
AU: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen
TW: Düsseldorf
IA: <http://www.mbwsv.nrw.de>
DI: Klassische Richtlinie (2004/18/EG)
AB: Gutachten zur unternehmensrechtlichen und immobilienwirtschaftlichen
Betrachtung des Grundstücksfonds NRW.
Ziel des zu vergebenden Gutachtens ist eine abschlussorientierte
Betrachtung des Instruments Grundstücksfonds NRW, um Erkenntnisse über
die zeitliche und finanzielle Dimension der Abrechnung und Beendigung des
Grundstücksfonds NRW zu erlangen. Insbesondere in Hinsicht auf die
dauerhaft nicht vermarktbar Grundstücke (sog. Ewigkeitslasten) soll ein
Modell für deren weiteren, langfristigen Umgang bzw. Verbleib entwickelt
werden.
CPV: 71530000, 71500000, 71300000.
TX: Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen
Klassische Richtlinie (2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen
Jürgensplatz 1
Zu Händen von: Frau Back
40219 Düsseldorf
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 21138431266
E-Mail: vergabestelle@mbwsv.nrw.de
Fax: +49 2113843939107
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.mbwsv.nrw.de>
Elektronischer Zugang zu Informationen:
<http://www.evergabe.nrw.de/VMPCenter/>
Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Gutachten zur unternehmensrechtlichen und immobilienwirtschaftlichen Betrachtung des Grundstücksfonds NRW.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw.

Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: MBWSV NRW, Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf.

NUTS-Code DEA

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Ziel des zu vergebenden Gutachtens ist eine abschlussorientierte Betrachtung des Instruments Grundstücksfonds NRW, um Erkenntnisse über die zeitliche und finanzielle Dimension der Abrechnung und Beendigung des Grundstücksfonds NRW zu erlangen. Insbesondere in Hinsicht auf die dauerhaft nicht vermarktbar Grundstücke (sog. Ewigkeitslasten) soll ein Modell für deren weiteren, langfristigen Umgang bzw. Verbleib entwickelt werden.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

71530000, 71500000, 71300000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

II.2.2) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit in Monaten: 12 (ab Auftragsvergabe)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Keine.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Abschlagszahlungen gem. Projektfortschritt:

- 30 % des Gesamtvolumens bei Vertragsabschluss,
- 20 % des Gesamtvolumens bei Vorlage des Zwischenberichts,
- 20 % des Gesamtvolumens bei Vorlage des Entwurfs des Abschlussberichts.

Die Restzahlung in Höhe von 30 % des Gesamtvolumens wird fällig, wenn der Auftraggeber das Ergebnis des Untersuchungsvorhabens abgenommen und der Auftragnehmer eine Schlussabrechnung eingereicht hat.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

1. Keine besondere Rechtsform.
2. Bewerbergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bewerber haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen.
Die Vollmacht des Vertreters der Bewerbergemeinschaft muss von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem Angebot einzureichen. Die mit dem Angebot vorzulegenden Nachweise und Erklärungen sind von allen Mitgliedern mit dem Angebot vorzulegen.
Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch.
3. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zum Verfahrensausschluss sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja
Darlegung der besonderen Bedingungen: Die besonderen Bedingungen an die Auftragsausführung nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) sind zu beachten.

Folgende Verpflichtungserklärungen sind vorzulegen:

1. Verpflichtungserklärung Tariftreue/Mindestentlohnung (Vordruck VOL 5f_EG).
2. Verpflichtungserklärung Frauenförderung/Vereinbarkeit Beruf und Familie (Vordruck VOL 5i_EG).

Die Verpflichtungserklärungen sind ausgefüllt und im unterschriebenen Original einzureichen.

Bei Bewerbergemeinschaften werden sie grundsätzlich von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gefordert. Sofern eine Teilleistung durch Unterauftragnehmer ausgeführt werden soll, sind diese vom Unterauftragnehmer bezogen auf diese Teilleistung vorzulegen. Erfolgt die Vorlage der genannten Unterlagen nicht bis zum Ablauf der Teilnahmefrist, steht dem Auftraggeber unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes insoweit ein Ermessen zu, ob fehlende bzw. unvollständige Unterlagen nachgereicht werden können oder nicht. Nachgeforderte Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von 48 Stunden ab Absendung der Nachforderung beim Auftraggeber eingereicht werden.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die folgenden Nachweise und Erklärungen sind einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften werden sie grundsätzlich von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gefordert. Sofern eine Teilleistung durch Unterauftragnehmer ausgeführt werden soll, sind diese vom Unterauftragnehmer bezogen auf diese Teilleistung vorzulegen. Erfolgt die Vorlage der genannten Unterlagen nicht bis zum Ablauf der Teilnahmefrist, steht dem Auftraggeber unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes insoweit ein Ermessen zu, ob fehlende bzw.

unvollständige Unterlagen nachgereicht werden können oder nicht.
Nachgeforderte Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von 48 Stunden ab
Absendung der Nachforderung beim Auftraggeber eingereicht werden.

Geforderte Nachweise sind:

1. Auszug aus dem einschlägigen Berufs- oder Handelsregister oder ein vergleichbares Dokument (max. 1 Jahr alt). Eine Kopie ist ausreichend. Sofern diese Angaben nicht vorgelegt werden können, hat der Bieter die Gründe hierfür zu erläutern und entsprechende aussagekräftige Unterlagen vorzulegen.
2. Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit (VOL 5b_EG und VOL 5d_EG). Die entsprechenden Vordrucke werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Die Eigenerklärungen sind im unterschriebenen Original einzureichen.
3. Bewerbergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bewerber haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Vollmacht des Vertreters der Bewerbergemeinschaft muss von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem Angebot einzureichen. Die Vollmacht ist im unterschriebenen Original einzureichen.
4. Bei Unterauftragnehmern ist eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers zur Übernahme der vorgesehenen Teilleistungen vorzulegen. Die Verpflichtungserklärung ist im unterschriebenen Original einzureichen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die folgenden Nachweise sind einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften werden sie grundsätzlich von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gefordert. Sofern eine Teilleistung durch Unterauftragnehmer ausgeführt werden soll, sind diese vom Unterauftragnehmer bezogen auf diese Teilleistung vorzulegen. Eine Vorlage der Nachweise in Kopie ist ausreichend. Erfolgt die Vorlage der genannten Unterlagen nicht bis zum Ablauf der Teilnahmefrist, steht dem Auftraggeber unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes insoweit ein Ermessen zu, ob fehlende bzw. unvollständige Unterlagen nachgereicht werden können oder nicht.
Nachgeforderte Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von 48 Stunden ab Absendung der Nachforderung beim Auftraggeber eingereicht werden.
Geforderte Nachweise sind:

1. Bankerklärung zum Nachweis der Bonität des Bewerbers (max. 1 Jahr alt).
2. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung, deren Deckungssumme das Risiko des Auftragsgegenstandes möglichst abdeckt. Angabe der Deckungssumme im Angebotsvordruck.
3. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Sofern diese Angaben nicht vorgelegt werden können, hat der Bieter die Gründe hierfür zu erläutern und entsprechende aussagekräftige Unterlagen vorzulegen. Die Erklärung zu 3 ist auf dem Vordruck „Anlage: Vordruck Unternehmensprofil“ vorzunehmen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die folgenden Nachweise sind einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften werden sie grundsätzlich von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gefordert. Sofern eine Teilleistung durch Unterauftragnehmer ausgeführt werden soll, sind die Nachweise vom Unterauftragnehmer bezogen auf diese Teilleistung vorzulegen.

Eine Vorlage der Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit in Kopie ist ausreichend. Erfolgt die Vorlage der genannten Unterlagen nicht bis zum Ablauf der Teilnahmefrist, steht dem Auftraggeber unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes insoweit ein Ermessen zu, ob fehlende bzw. unvollständige Unterlagen nachgereicht werden können oder nicht.

Nachgeforderte Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von 48 Stunden ab Absendung der Nachforderung beim Auftraggeber eingereicht werden.

Geforderte Nachweise sind:

1. Kurze Unternehmensdarstellung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft. Die Angaben sind im Vordruck „Anlage: Vordruck Unternehmensprofil“ vorzunehmen.

Anzugeben sind insbesondere:

a. Standorte und Struktur des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft;

b. ob und auf welche Art der Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist;

c. Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft;

d. das jährliche Mittel der beim Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 Jahren festgestellten Mitarbeiter/innen, in Deutschland, im Gesamtunternehmen und im für die Abwicklung der ausgeschriebenen Leistung verantwortlichen Organisationsbereich.

2. Vorlage von Referenzen der letzten 3 Jahre des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft für vergleichbare Leistungen.

Es müssen mindestens 3 vergleichbar komplexe Gutachten als Leistung erbracht worden sein.

Die Angaben sind im Vordruck „Anlage: Vordruck Referenzen Unternehmen“ vorzunehmen.

3. Kurzvita und Angabe der beruflichen Befähigung der Mitarbeiter, die für Projektleitung, stellvertretende Projektleitung sowie als weitere verantwortliche Personen vorgesehen sind.

Die für das Projekt verantwortlichen Personen müssen jeweils ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften, der Betriebswirtschaftslehre, der Volkswirtschaftslehre sowie der Ingenieurwissenschaften (Stadtplanung/Raumplanung/Architektur) oder eine vergleichbare Qualifikation aufweisen.

Die Qualifikationen können von mehreren Personen abgedeckt werden.

4. Angabe, welche Teile des Auftrags ggf. als Unterauftrag vergeben werden sollen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 3 und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Wirtschaftliche und Finanzielle Leistungsfähigkeit (20 %).

2. Referenzen der letzten 3 Jahre für vergleichbare Leistungen (55 %).

3. Qualifikation der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Personen (25 %).

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: ja

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

I.5 - 3318.3 - 10/15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme
14.4.2015 - 23:59

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

15.4.2015 - 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

1. Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchgeführt.
2. Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch über die im Anhang A genannte Kontaktstelle (Vergabemarktplatz NRW) unter <http://www.evergabe.nrw.de> zur Verfügung gestellt. Die Nutzung des Vergabemarktplatzes NRW ist kostenfrei. Nach einer Registrierung und erneuten Anmeldung können die Vergabeunterlagen angefordert bzw. heruntergeladen werden. Unter <http://www.evergabe.nrw.de/VMPCenter/> finden Sie weitere Informationen.
3. Soweit Auskünfte erforderlich werden, sind Fragen ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes NRW zu stellen.
4. Fragen sind aus Gründen der Gleichbehandlung aller Bewerber spätestens bis zum 7.4.2015, 9:00 Uhr zu stellen. Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich bis spätestens 6 Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist. Alle Fragen und Antworten werden in anonymisierter Form auf dem Vergabemarktplatz NRW (<http://www.evergabe.nrw.de/>) im Projektraum der Ausschreibung bekannt gegeben.
5. Der Teilnahmeantrag ist verschlossen und mit dem in den Vergabeunterlagen veröffentlichten Kennzettel versehen einzureichen.
6. Der Teilnahmeantrag muss neben dem Original in 3 Kopien vorgelegt werden.
7. Der Teilnahmeantrag ist an das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, z. Hd. Frau Back, Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf zu senden.
8. Sofern im Vergabeverfahren das Angebot einer anerkannten Werkstätte für behinderte Menschen oder einer anerkannten Blindenwerkstätte oder diesen Einrichtungen vergleichbare Einrichtungen (nachfolgend bevorzugte

Bieter) ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines insofern nicht bevorzugten Bieters ist, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 von Hundert berücksichtigt. Voraussetzung für die Berücksichtigung des Abschlags ist, dass die Herstellung der angebotenen Lieferungen zu einem wesentlichen Teil durch die bevorzugten Bieter erfolgt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Wertschöpfung durch ihre Beschäftigten mehr als 10 % des Nettowerts der zugekauften Waren beträgt.

Bekanntmachungs-ID: CXPNYD4YM8E.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf

An Bonnhof 35

40474 Düsseldorf

DEUTSCHLAND

E-Mail: vergabekammer@brd.nrw.de

Telefon: +49 2114753131

Internet-Adresse: <http://brd.nrw.de>

Fax: +49 2114753989

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt wurde, ist der Verstoß gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung zu rügen. Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar

sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten

Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr.

2-3 GWB). Ein Antrag auf Nachprüfung ist innerhalb von 15 Kalendertagen

nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen

zu wollen, bei der Vergabekammer zu stellen.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden

sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 101a GWB darüber informiert. Ein

Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Informationen

durch das MBWSV geschlossen werden; bei Übertragung per Fax oder auf

elektronischem Weg beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am

Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf

An Bonnhof 35

40474 Düsseldorf

DEUTSCHLAND

E-Mail: vergabekammer@brd.nrw.de

Telefon: +49 2114753131

Internet-Adresse: <http://brd.nrw.de>

Fax: +49 2114753989

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

16.3.2015